

ROHSTOFFE

# „Reine Wetten“

ThyssenKrupp-Chef Ekkehard Schulz, 68, über die Preisexplosion bei Eisenerz, das Kartell der Förderländer und die gefährliche Rolle der Spekulanten

zahlt worden sein. Hermes findet, er habe sich nichts vorzuwerfen, dennoch musste er seinen Posten im Vorstand der TK räumen. Geblieben ist allerdings Kassenchef Norbert Klusen. Der nutzte die Fusion, um ein neues Jahresgehalt von 271 000 Euro auszuhandeln, zuzüglich Dienstwagen. Vor dem Zusammenschluss waren es 25 000 Euro weniger.

Kein Wunder, dass die Gehälter der Kassensfunktionäre im Zuge der Fusionswelle weiter gestiegen sind. Laut Jahresbericht 2009 des Bundesrechnungshofs bekommen inzwischen mehr als 90 Prozent der Chefs mitgliedstarker Kassen ein Jahresgehalt von über 130 000 Euro – die Obergrenze, die Arbeitgeber und Gewerkschaften empfehlen.

Für solche Gehälter gebe es häufig „keinen überzeugenden Grund“, befindet der Rechnungshof. Viele Kassenchefs beanspruchen für sich zwar eine Bezahlung, wie sie für leitende Manager in der freien Wirtschaft üblich ist, führen ihre Kasse jedoch wie eine Behörde. Für Unmut sorgt bei den Prüfern zudem, dass die Krankenkassen häufig nicht ordnungsgemäß angeben, ob es für die Manager Übergangsregelungen nach Ablauf der Amtszeit gibt. Entsprechend unklar bleibt oft, wie hoch die Abfindungen für die ausgeschiedenen Kassenchefs tatsächlich sind.

Dass die Verhältnisse übersichtlicher werden, ist kaum zu erwarten: Bereits in den kommenden Monaten planen einige Orts- und Innungskrankenkassen weitere Fusionen, und auch die Betriebskrankenkasse Pronova will im Juli mit dem Konkurrenten BKK Der Partner zusammengehen. Schon bald, schätzen Experten, könnte die Zahl der gesetzlichen Krankenversicherungen unter hundert sinken.

Um dabei die Absahner zu stoppen, rufen nicht wenige Experten inzwischen nach dem Gesetzgeber. So verlangt Rechnungshofpräsident Engels, dass die Bundesregierung „für die Bestandteile und die Höhe der Vergütungen klare und verbindliche Maßstäbe entwickeln“ müsse. Zudem sollten die Krankenkassen gesetzlich verpflichtet werden, „den Aufsichtsbehörden Vertragsentwürfe vorzulegen“.

Das Gesundheitsministerium verspricht, „den Prüfbericht ernst zu nehmen“. „Wir brauchen verantwortungsbewusste Manager, die den Beitragszahlern verpflichtet sind. Fehlverhalten ist nicht zu akzeptieren“, sagt Staatssekretär Daniel Bahr. „Vergütungen können nicht losgelöst von der Wirtschaftlichkeit einer Kasse gesehen werden.“

Diese Töne sind neu. Bisher hielt das FDP-geführte Ministerium nur wenig von der Idee, den Kassen bei den Vertragsverhandlungen reinzureden. Die Gehälter sollten „nicht vom Staat festgelegt“ werden, sagte Bahr noch vor einigen Monaten. Doch inzwischen sind wohl einige Kassenchefs zu weit gegangen.

KATRIN ELGER



FRANZ PETER TSCHUJNER / DPA

Stahlmanager Schulz

„Ernsthafte Bedrohung“

**SPIEGEL:** Herr Schulz, während die Konjunktur weltweit lahm, klettern die Stahlpreise auf immer neue Rekordstände. Wie passt das zusammen?

**Schulz:** Ganz einfach: Als Stahlproduzent sind wir auf gewaltige Mengen von Rohstoffen angewiesen. Wir brauchen Koks, Nickel und vor allem Eisenerz. Und gerade bei diesem Rohstoff sind die Preise in den vergangenen Monaten geradezu explodiert. Das können wir nicht kompensieren.

**SPIEGEL:** Das kennen wir schon. Schuld sind immer die anderen.

**Schulz:** Das ist in diesem Fall auch richtig. Es gibt nur wenige große Erzproduzenten auf der Welt. Sie sitzen in Brasilien und Australien. Und deren Preisdiktaten sind wir schutzlos ausgeliefert.

**SPIEGEL:** Sie sprechen von Rohstoffgiganten wie Rio Tinto, Vale oder BHP Billiton. Mit denen arbeitet ThyssenKrupp doch schon seit Jahren zusammen. Was hat sich verändert?

**Schulz:** Die Verträge. In der Vergangenheit haben wir mit den Erzlieferanten immer kalkulierbare Jahresverträge abgeschlossen, in denen der Preis für die gesamte Laufzeit festgelegt wurde. Nun haben uns die drei marktbeherrschenden Produzenten plötzlich Quartalsverträge diktiert. Der Preis wird dabei in jedem Quartal neu an einem volatilen Spotmarkt ausgerichtet – und das hat fatale Folgen.

**SPIEGEL:** Inwiefern?

**Schulz:** Im vergangenen Jahr haben wir für eine Tonne Eisenerz aus Übersee noch rund 60 US-Dollar bezahlt. Nun ist es mehr als das Doppelte. Und der Preis am Spotmarkt ist seit dem letzten Abschluss weiter gestiegen. Das neue System treibt den Stahlpreis derzeit immer weiter in die Höhe und schadet so der gesamten konjunkturellen Entwicklung.

**SPIEGEL:** Nun ist es nicht ungewöhnlich, dass sich ein Preis an der Börse bildet und dass er umso höher klettert, je größer die Nachfrage ist.

**Schulz:** Das ist richtig. Aber Eisenerz ist nicht einmal knapp. Es ist dummerweise nur in der Hand von wenigen großen Produzenten. Und die nutzen ihre Marktmacht unverantwortlich aus.

**SPIEGEL:** Das sind harte Vorwürfe. Können Sie die belegen?

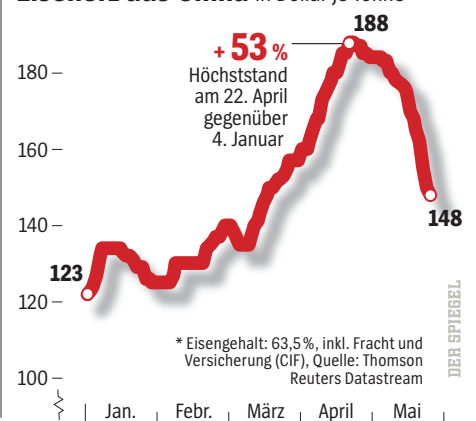
**Schulz:** Das Bundeskartellamt in Bonn und auch die europäische Kommission untersuchen den Fall und werden dabei von uns unterstützt. Außerdem haben wir die Bundesregierung um Hilfe gebeten.

**SPIEGEL:** Was soll die tun?

**Schulz:** Wir haben von der Regierung die Zusage, dass sie das Thema auf dem nächsten G-20-Gipfel der Staats- und Regierungschefs im Juni in Toronto ansprechen wird. Sie will sich dort für einen fairen und nachhaltigen Ausgleich zwischen rohstoffverarbeitenden und rohstoffproduzierenden Nationen einsetzen.

**SPIEGEL:** Ist der Rahmen nicht übertrieben? Es geht um die Bildung des Erz- und Stahlpreises ...

**Eisenerz aus China** in Dollar je Tonne\*



DER SPIEGEL



RIO TINTO / REUTERS

**Eisenerzmine von Rio Tinto in Australien:** „Die großen Produzenten nutzen ihre Marktmacht unverantwortlich aus“

**Schulz:** ...und damit um die gesamte Weltwirtschaft. Allein in Deutschland sind mehr als 35 Prozent der industriellen Wertschöpfung vom Stahl abhängig. Keine Brücke, kein Hochhaus und keine Autoproduktion wäre berechenbar, wenn der Erz- und damit der Stahlpreis sich ständig ändert und zum Spielball von Spekulanten wird.

**SPIEGEL:** Welche Rolle spielen die Spekulanten?

**Schulz:** Mit der neuen Preisbildung sind Spekulationen und Manipulationen Tür und Tor geöffnet. Es droht sich eine gewaltige Blase auf dem Rohstoffmarkt zu bilden. Von den Dimensionen könnte sie sogar größer werden als das Immobilienproblem in den USA vor zwei Jahren.

**SPIEGEL:** Jetzt übertreiben Sie.

**Schulz:** Nein, überhaupt nicht. Auf dem Weltmarkt werden Jahr für Jahr rund zwei Milliarden Tonnen Eisenerz verbraucht und davon knapp die Hälfte im Überseehandel. Nur ein verschwindend geringer Teil davon läuft über den Spotmarkt. Dort reichen wenige große Aufträge aus, um den Preis massiv zu manipulieren. Bisher hat das nicht weiter gestört. Doch mit dem neuen System, das die Preisbildung allein vom Spotmarkt ableitet, schlägt eine solche Beeinflussung auf den gesamten Welthandel durch.

**SPIEGEL:** Wer sollte Interesse daran haben?

**Schulz:** In erster Linie die Produzenten und deren Heimatländer, die solche Gewinne teilweise sogar mit Sondersteuern

abschöpfen. Wir kennen inzwischen aber auch große Investmentbanken, die sich gewissenhaft auf einen Einstieg in den Erzmarkt vorbereiten.

**SPIEGEL:** Wer ist das, und wie bereiten sie sich vor?

**Schulz:** Ich möchte hier keine Namen nennen, aber es sind die Banken, die auch bei den anderen großen Spekulationsblasen beteiligt waren. Sie sind derzeit in unseren Märkten unterwegs, heuern Rohstoffspezialisten an, kaufen Handelshäuser und mieten Lagerflächen in großen Häfen, um Erze zu Spekulationszwecken zwischenzulagern. Sie wittern neue Milliarden Gewinne.

**SPIEGEL:** Indem sie auf dem Erzmarkt die Preise hochtreiben?

**Schulz:** Indem sie die Preise von der Realwirtschaft und die Rohstoffe von dem realen Verbrauch entkoppeln. Mit Nickel ist das doch bereits passiert. Da wird von Spekulanten und Banken inzwischen 30-mal mehr an den Märkten umgeschlagen, als tatsächlich in der Stahlverarbeitung oder anderen Bereichen gebraucht wird. Dabei schwanken die Preise für die Tonne zwischen 10 000 und 55 000 Euro. Stellen Sie sich solche Zustände auf einem Massenrohstoffmarkt wie Erz vor. Die Folgen wären verheerend.

**SPIEGEL:** Viele große Konzerne bauen heute eigene Handelsabteilungen auf und beteiligen sich am Börsenhandel mit Rohstoffen. Ist das für ThyssenKrupp kein Weg?

**Schulz:** Nein, wir wollen uns an solchen Spekulationsgewinnen nicht beteiligen. Natürlich müssen wir uns vor extremen Preisschwankungen schützen. Dazu schließen auch wir Geschäfte an der Börse ab, bei denen etwa bei bestimmten Preisgrenzen bestimmte Mengen quasi automatisch geordert werden. Aber diese sogenannten Derivate haben bei uns einen realwirtschaftlichen Hintergrund und sichern uns so gegen die Preisvolatilitäten ab.

**SPIEGEL:** Bei Banken ist das nicht der Fall?

**Schulz:** Nein, hier geht es um reine Wetten auf bestimmte Preisentwicklungen, um Gewinne aus Käufen und Verkäufen ohne realwirtschaftlichen Hintergrund. Dieser Handel mit Derivaten, wie er von Fonds und Banken betrieben wird, muss dringend reguliert werden. Das haben wir auch in Brüssel und bei der Bundesregierung so vorgetragen.

**SPIEGEL:** Nun hat ThyssenKrupp es im Gegensatz zu Konkurrenten wie etwa ArcelorMittal in der Vergangenheit versäumt, sich an Erzminen zu beteiligen. Ist das nicht der wahre Grund für Ihre Besorgnis?

**Schulz:** Nein, die Spekulation mit Rohstoffen ist kein Einzelproblem von ThyssenKrupp. Wenn wir nicht bereit sind, den Rohstoffspekulanten entschlossen entgegenzutreten, werden sie zu einer ernsthaften Bedrohung für die gesamte Stahlbranche und die Weltwirtschaft. Das dürfen wir nicht zulassen.

INTERVIEW: FRANK DOHMEN